



II- 9051 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR JUSTIZ

7266/1-Pr 1/93

4041/AB

1993 -03- 11

An den

zu 4135/J

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 4135/J-NR/1992

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rudolf Anschober, Freunde und Freundinnen haben an mich eine schriftliche Anfrage, betreffend Ermittlungen in Sachen Stasi-Milliarden in Österreich, gerichtet und folgende Fragen gestellt:

- "1. Welche Verfahren, Voruntersuchungen oder Vorerhebungen werden derzeit im Zusammenhang mit DDR-Geschäften geführt?
2. Mit welchen konkreten Verdachtsbereichen beschäftigen sich derzeit in diesem Zusammenhang die Ermittlungen der Justiz?
3. Kam es im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen zu Interventionen oder politischen Weisungen?"

Ich beantworte diese Fragen wie folgt:

Zu 1 und 2:

Im Zusammenhang mit den in der Einleitung der parlamentarischen Anfrage dargestellten Ereignissen sind - nach den dem Bundesministerium für Justiz vorliegenden Informationen - folgende Verfahren anhängig:

- 2 -

1. Voruntersuchung gegen Michael W. wegen des Verdachtes des Verbrechens der Untreue nach dem § 153 Abs. 1, Abs. 2 (2. Fall) StGB:

Dem Genannten liegt zur Last, als vertretungsberechtigter Direktor der "F.C. Gerlach (Export-Import)", einer als Einzelfirma konstruierten Verwaltungseinheit der (ehemaligen) Deutschen Demokratischen Republik, Geldbeträge in Höhe von rund 320 Mio. Schilling verschoben und sich zugeeignet zu haben. Das Verfahren ist mangels inländischen Aufenthaltes des Beschuldigten gem. § 412 StPO abgebrochen.

2. Voruntersuchung gegen Dr. Günther F. u.a. wegen des Verdachtes der Verbrechen der Untreue und der Hehlerei nach den §§ 153 Abs. 1, Abs. 2 (2. Fall), 12; 164 Abs. 1 Z. 1, Abs. 3 (1. Fall) StGB:

Der Genannte steht im Verdacht, als Verantwortlicher des Staatsbetriebes der DDR "Günther F., Wahrnehmung von Interessen für Industrie und Handel", Gelder in erheblichem Ausmaß verschoben und sich mindestens einen Betrag von 3 Mio. Schilling zugeeignet zu haben. Zudem soll er einen Betrag von rund 120 Mio. Schilling mit Hilfe des ebenfalls verfolgten Dr. Jürgen W. verschoben und in seine Verfügungsgewalt gebracht haben.

Zunächst war die Voruntersuchung auch gegen Rudolfine S. eingeleitet worden. Das Verfahren gegen sie wurde jedoch schließlich mangels Anhaltspunkte für den Verdacht der Untreue eingestellt.

3. Erhebungen bei der Staatsanwaltschaft Wien gegen Simon Walter D. wegen Abgabenhinterziehung, Hehlerei und Verstoßes gegen das Devisengesetz und gegen Rudolfine S.

- 3 -

wegen § 153 StGB und wegen des Verdachtes der Beitrags-täterschaft zum Verstoß des Simon Walter D. gegen das Devisengesetz:

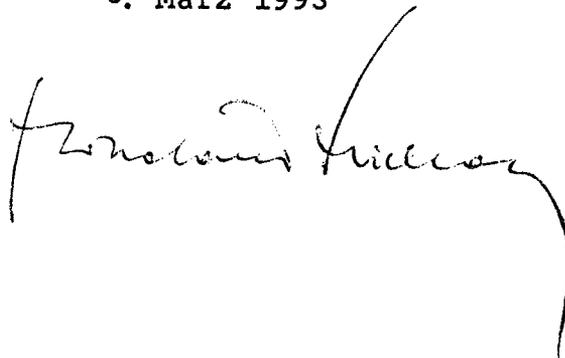
Dieses Verfahren hat im wesentlichen Erhebungen betreffend Gelder, die aus Deutschland in andere Staaten, teilweise in den Fernen Osten, transferiert wurden, zum Gegenstand.

Schließlich wurde im Zusammenhang mit einem Ermittlungs-verfahren gegen Verantwortliche der NOVUM-GesmbH. einem Rechtshilfeersuchen der Staatsanwaltschaft bei dem Kammer-gericht Berlin um Durchsuchung und Beschlagnahme von Unterlagen unter anderem in Geschäftsräumlichkeiten der Rudolfine S. entsprochen.

Zu 3:

Abgesehen von Vorsprachen des Privatbeteiligtenvertreters sowie des Verteidigers der Rudolfine S. beim zuständigen Referenten der Staatsanwaltschaft Wien gab es keine Interventionen und auch keine ("politischen") Weisungen.

9. März 1993



DOK 1047P